

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Hoffe in Berlin.

Die Ententennote über die Ministerreisen und die Antwort der deutschen Regierung.

Der Wortlaut der beiden Noten.

Die von den Vertretern Belgiens, Großbritanniens und Frankreichs am 6. Dezember der deutschen Regierung übergebenen identischen Note wegen der Ministerreise in das Rheinland hat folgenden Wortlaut:

„Die internationalisierte Oberkommission für die besetzten Gebiete hat die von ihr vertretenen Regierungen auf die Erregung hingewiesen, die unter der Bevölkerung dieses Gebietes durch die für sich von den Reichsministern gehaltenen Reden entstanden ist. Die Regierung von Belgien, Großbritannien und Frankreich betrachtet es als höchst bedauerlich, daß Mitglieder der deutschen Regierung sich bewegen gefühlt haben, im besetzten Gebiet öffentliche Erklärungen abzugeben, die geeignet sind, dort Unruhen zu erregen und die Ausführung des Vertrages von Versailles weiter zur Erdtörung zu stellen. Insbesondere vermerken sie gegen die Äußerung, welche die durch den Völkervertrag kraft des Friedensvertrages in Bezug auf Eupen und Malmedy getroffenen Entscheidungen angeht. Die Regierungen von Belgien, Großbritannien und Frankreich haben ihre Vertreter in Berlin angewiesen, die ernsteste Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schweren Folgen hingewiesen, die beratige Kundgebungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nach sich ziehen können, für welche die alliierten Behörden in dem besetzten Gebiet verantwortlich sind. Wir haben ihre Vertreter beauftragt, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß Reisen der Reichs- und Staatsminister in das besetzte Gebiet künftig nur zugelassen werden können, soweit diese hohen Staatsbeamten sich in Verlauf solcher Beratungen gegen die Regierungen oder Behörden der Alliierten und gegen den Friedensvertrag enthalten werden. Ich habe die Ehre, mich dieser Mitteilung Eurer Erregung gegenüber zu entschuldigen.“

Die deutsche Antwort auf die Note.

In Beantwortung dieser Note ist den Vertretern der beteiligten Mächte heute folgendes mitgeteilt worden:

„Die deutsche Regierung vermag nach den Berichten, die sie aus dem besetzten Gebiete erhalten hat, nicht zuzugeben, daß die Reise des Reichsfinanz- und des Außenministers die Bevölkerung des Rheinlandes beunruhigt habe. Eine solche Wirkung würde auch durchaus den Eindrücken widersprechen, die die Minister auf ihrer Reise persönlich erhalten haben. Nach der Überzeugung der Reichsregierung hat die Reise vielmehr **wissenschaftlich zur Beruhigung der Gemüter beigetragen**. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes war durch die Beschwörungen, die mit der Anwesenheit der Besatzungstruppen und der Besatzungsbehörden verbunden sind, in eine höchst erregte, vielfach fast verzweifelte Stimmung geraten, die sich infolge der Reise merkbar gebessert hat.“

Wenn die Minister aber diese Besserung erzielen und der Bevölkerung zeigen wollten, daß ihre schwere Lage von der Reichsregierung wohl begriffen werde, so fönnen sie nicht auf eine Würdigung des Vertrages von Versailles verzichten, auf dessen Erfüllung jene Lage zurückzuführen ist.“

Die deutsche Regierung **muß es ihrem pflichtmäßigen Ernsten vorbehalten**, ob und wann sie aus Gründen der inneren Politik es als erforderlich erachtet, daß Reichsminister sich von den Verhältnissen im besetzten Gebiet persönlich überzeugen und sich mit der rheinischen Bevölkerung nehmen. Sie kann über den Inhalt der dort abzugebenden Erklärungen der belgischen (englischen, französischen) Regierung gegenüber **im Voraus keinerlei verbindliche Zusicherungen** abgeben, muß sich vielmehr ihre Handlungsfreiheit innerhalb der Grenzen ihres Programms, das die Durchführung des Vertrages von Versailles bis zur Grenze des Möglichen vorseht, ausdrücklich vorbehalten.“

Nachwehen.

Von unserem Korrespondenten.

Dr. Friedrich Casper.

Neu-York, Ende November.

In diesem Monat wurde die Dreihundertjahrfeier der Landung der Puritaner an der neuenglischen Küste begangen. Die Puritaner hatten ihre englische Heimat bekanntlich verlassen, um den Verfolgungen zu entgehen, die sie unter den Stuart's zu erleiden hatten. Man könnte daher annehmen, daß diese Dreihundertjahrfeier eine Gelegenheit gewesen wäre, bei der man der Verjährtheit und Eigentümlichkeit der beiden englischsprechenden Länder gedacht hätte. Der politische Sinn der Angelegenheit aber machte aus dem Gedankens des Trennenden eine Feyer der Verbrüderung. Unsere deutschen Achtundvierziger sind ja auch aus Beweggründen ausgewandert, die denen jener englischen Unabhängigen nicht ganz unähnlich waren; als aber Graf Bernstorff seinerzeit bei der Entschuldig des Denkmal's für Karl Schurz eine Rede hielt, rümpfte man in Berlin die Nase. In England dagegen hat man in diesem Herbst Linzüge zu Ehren der Puritaner abgehalten, und in Neu-York wurden von allenthalben Festauschüssen zahlreiche Artikel an die Presse verfaßt, die auf die Bedeutung der Blutsverwandtschaft der beiden Schwesternationen hinwiesen. Auch hing man zu Ehren der Puritaner aus einigen Klubs und Theatern die englische Flagge heraus.

Unglücklicherweise hatte man dabei vergessen, daß es in Neu-York eine sehr zahlreiche irische Bevölkerung gibt, auf die die verschiedenen Vorformnisse in Irland während der letzten Monate nicht ohne Einwirkung geblieben sind. Nachdem erst kürzlich eine englische Fahne am Broadway heruntergerissen und zerstückt wurde, ist nun der sehr konservative Union Club an der Fünften Avenue am Danktagstage innen und außen recht übel zugerichtet worden, weil man sich geweigert hat, eine dort ausgehängte englische Fahne einzuziehen. In unmittelbarer Nähe des Union Club steht die St. Patrick's-Kathedrale, in der an jenem Nachmittage fünf-tausend Iren einem Totenamt für den Manor Mac Swiney beizuwohnten. Als die Iren der englischen Fahne gewahr wurden, forderten sie ihre Einziehung. Die Iren wurden anfänglich auch entprochen. Dann aber entdeckten einige Mitglieder des Klubs, daß es hier ein Prinzip zu verstehen gelte, und so wurde die Fahne wieder herausgehängt. Die fünf-tausend Iren draußen auf der Straße empfanden das als eine Verhöhnung und antworteten mit Tätlichkeiten. Da ein großer Teil der New-Yorker Polizei ebenfalls aus Irländern besteht und ebenso die Feuerweh, an die man sich schließlich wandte, so nahm die Beruhigung der fünf-tausend gerume Zeit in Anspruch und endete mit großen Schäden für den Klub, während nur vier der Demonstranten verhaftet werden konnten.

Während des Krieges sind Arbeiterführer in Amerika geliebt worden, weil sie von Arbeitgeber, denen sie lästig fielen, der Menge als Deutsche denunziert worden waren. Nachdem die Rede auf die Deutschen darüber war, begann die Verfolgung der „Koten“. Am Westen fand vor einiger Zeit Italiener erschlagen und ihre Häuser verbrannt worden, weil eine unzufriedene Menge nach irgend jemand suchte, an dem sie ihre Wut auslassen konnte. Im Süden werden heute katholische Kirchen angezündet, und Baumwollplantagen, die sich weigern, ihre Baumwollerzeugung einzufrieren, wird mit Brandstiftung und Lynchgericht gedroht. In Pittsburg haben sich fünfzig sogenannte trübsere Soldaten, die der „American Legion“ angehören, geweigert, an dem Hause des Bürgermeisters vorbeizumarschieren weil dieser sich für eine Sammlung zugunsten der hungernden dreihunderttausend Kinder ausgesprochen hatte. Diese sogenannten Veteranen — denn nicht alle, die diesem Gewerkschaftsverband angehören, waren Soldaten — sind natürlich von irgendeiner Seite zu dieser Weigerung veranlaßt worden. Aber Robinsons ist zu Hilfe rufen, der wird sich sagen müssen, daß sie sich eines Tages auch einmal gegen ihn selber wenden könnten. Und nachdem man dem Volke hier in Amerika während der letzten Jahre so viele Gegenstände als des äußersten Mißbehagens und der Zerstörung würdig vorgezeigt hat kann man sich nicht mehr wundern, daß sich auch einmal fünf-tausend Iren gegen die englische Flagge wenden, wenn man sie ihnen unter die Nase hält.

Alle diese Erscheinungen sind die Folgen einer unwarmer Kriegsbegiertheit und der Gerechtigkeit, die sich heute in den breiteren Schichten geltend macht, weil man sich mehr und mehr der Tatsache bewußt wird, daß während der letzten Jahre eine Verfälschung der öffentlichen Meinung im großen Maße betrieben wurde. Aber es liegt in der Natur des amerikanischen Temperaments, daß eine solche Stimmung nicht lange anhält. Andererseits wäre es falsch, aus der Tatsache, daß jetzt in jeder Woche eine englische Fahne in Stücke gerissen wird, auf enormes Anwachsen der antibrithischen Stimmung in den Vereinigten Staaten zu schließen. Das freilich auch in Kreisen, die mit den irischen Katholiken Neu-Yorks wenig gemein haben, sich die Anschauungen der Vorkriegs- und Kriegszeit zu ändern beginnen, zeigt die toeben veröffentlichte zweite Protestnote des Staatsdepartements gegen das englische Protektoratmonopol in Mesopotamien.

Auch darf man nicht vergessen, daß diese Nachwehen der Kriegszeit kein richtiges Bild von den Wandlungen der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten ergeben, die nach den ersten Enttäuschungen und Bestimmungen sich doch in der Richtung auf eine einsichtiger Beurteilung der europäischen Verhältnisse zu entwickeln scheinen. So mehrten sich die Anzeichen für einen bevorstehenden Umsturz in der Haltung Amerikas Deutschland sowohl wie Rußland gegenüber. Senator France will nach Wiederzukommen des Kongresses einen Antrag einbringen, der die Wiederöffnung der Handelsbeziehungen mit Rußland fordert sowie eine Kredit-

Präsident Hainisch. Das neue Haupt der Bundesrepublik Deutsch-Oesterreich. Telegramm unseres Sonderkorrespondenten Dr. Leo Lederer.

1. Wien, 10. Dezember.

Der erste Präsident der Republik Deutsch-Oesterreich, Dr. Michael Hainisch ist eine markante, statische Erscheinung mit einem grauen Bartesport. Er ist 62 Jahre alt und entstammt einer vornehmen Wiener Partiziparfamilie. Sein Vater war Grundbesitzer. Seine Mutter, Marianne Hainisch, die Begründerin der Frauenbewegung in Oesterreich, ist 81 Jahre alt und lebt in Wien. Auch Präsident Hainisch hat Grundbesitz, und eine seiner Wirtschaften im Semmeringgebiet wird so betrieben, daß sie vielfach zu Studienzwecken angekauft wird. Präsident Hainisch hat eine große Zahl agrarischer und sozialwissenschaftlicher Arbeiten veröffentlicht, die in hochreifen Verstande werden. Er hat auch praktische Sozialpolitik geschrieben. So förderte er seit Jahrzehnten die Bestrebungen des Wiener Volkshilfsvereins, und aus eigenen Mitteln hat er namentlich in national bedrohten Gebieten des alten Oesterreich Volksbibliotheken gegründet. Steht hat Dr. Hainisch sein nationaldemokratisches Empfinden betont, auch in jenen, in denen man dies in möglichen Kreisen Oesterreichs nicht gerne hätte. Dr. Hainisch hat zahlreiche Beziehungen zu Schriftstellern und Gelehrten im Ausland und hat viele Studienreisen unternommen, die ihn auch nach Amerika führten. Er ist eifriger Jäger und Alpinist.

Obwohl die Wahl Hainischs, nach dem schmächtlichen Mißerfolg der Wahlkandidaten in den ersten Wahlgängen, nur den Charakter einer Verlegenheitswahl besitzt, muß doch gesagt werden, daß der neue Bundespräsident weil wichtige Qualitäten in sich vereinigt als alle die Kandidaten, Kinteln, Mayor und Dinghofer, die vor der Wahl als Kandidaten namhaft geworden sind. Wahl ist Dr. Hainisch den wertvollen Kreisen des Volkes bisher nicht bekannt gewesen, aber auch das ist die notwendige Folge einer Verlegenheitswahl gewesen, daß sie den „unbekannten Soldaten“ auf den Schild gehoben hat. Hainisch ist der Präsident der bürgerlichen Parteien, und seine Wahl im besonderen ein Erfolg der Deutschnationalen, denen er heute vordringlich am nächsten steht. Das bedeutet aber nicht, daß ihm die Sozialdemokraten feindselig gegenüberstehen. Mit Recht dürfte der neue Bundespräsident in seiner ersten Ansprache an die Mitglieder der neuen Regierung und an die Vertreter der Parteien unter denen auch Kerner und Ederich von den Sozialdemokraten zu leben waren, von sich sagen, daß er bei allen drei Parteien Freundesöhne. Er hat in früheren Jahren der sozialdemokratischen Partei, namentlich ihren Führern deutsch-nationaler Färbung, recht nahe gestanden. Er war mit Viktor Adler und Engelbert Bernerstorfer eng befreundet, er hat in der sozialpolitischen Gesellschaft, deren Vizepräsident er ist, stets in zumeist arbeiterfreundlichem Sinne gewirkt, und er hat einen Mann von nicht unbedeutenden wissenschaftlichen Verdiensten. Mit den Jahren ist Dr. Hainisch zwar etwas konservativ geworden. Er ist unter die Großgrundbesitzer gegangen und züchtet konzentriert das schönste Hindwied in der Steiermark. Ob das die konservativen Elemente in der christlichsozialen Partei und unter den Deutschnationalen berechtigt, als alle Reaktionäre und Schamwader für sich in Anspruch zu nehmen, wird erst die Zukunft zeigen. Er heißt hat sich in seiner ersten Ansprache an die Mitglieder der Regierung als einen Mann der Objektivität bezeichnet, der seine Aufgabe darin erblickt, in dem engen Wirkungskreis, der ihm durch die Verfassung zugeschrieben sei, in vornehmendem Geiste sich zu

betätigen. „Nicht mit zu hoffen, mit zu lieben bin ich da“, sprach Michael Hainisch im Stil der klassischen Tragödie.

Vor allem aber hat sich der neue Bundespräsident als treuer Sohn der deutschen Nation bezeichnet, den niemand in der Liebe zu seinem Volk überreifen könne. Man darf annehmen, daß diese Worte des Bundespräsidenten, der seine Rede nicht mit einem Hoch auf die österreichische Republik, sondern mit einem Heilruuf auf das deutsche Volk beendet hat, richtungweisend für seine Stellungnahme zu den Problemen der äußeren Politik Deutsch-Oesterreichs sein sollte. Auch das beruhigte sympathisch, daß er sich nicht mit jener hitzigen Gebärde an die Erlaute wandte, mit der Dr. Kerner die Rechte auszuführen pflegte, sondern sich damit begnügte, die Mächte in sehr ernsten Worten an jene moralischen Verpflichtungen zu mahnen, die sie mit der Bestätigung des deutschen Volkes in Oesterreich auf sich genommen hätten. Gleichgültig wies er darauf hin, daß in einem Lande, das mehr als eine Million Mühsüßer besitzt, die Säuglinge in den Städten durcheinand nicht aus Mangel an Milch zugrunde gehen müßten. Ueberhaupt machte die erste Ansprache Hainischs an die Mitglieder der Regierung durchaus nicht den Eindruck, als ob der neue Bundespräsident gelassen sei, nur das fünfte Rad am Staatskarren zu spielen. Etwas Energie namentlich bei der Durchführung seines Kampfprogramms gegen das Schieber- und Schlemmerturn wäre dem neuen Bundespräsidenten nur zu wünschen.

Es ist annehmbar, daß der Bundespräsident Gelegenheit finden wird, in einer offiziellen Erklärung noch zu den Lebensfragen Deutsch-Oesterreichs, vor allem zu der entscheidenden Frage, zu der Frage des Anschlusses, Stellung zu nehmen. Ich habe inzwischen den früheren Gesandten Deutsch-Oesterreichs in Berlin, Professor Rudo Hartmann, um seine Meinung über den neuen Bundespräsidenten befragt. „Obwohl meine Partei in scharfer Opposition gegen die Regierung steht und ihre Stimmen nicht für Dr. Hainisch abgegeben hat“, sagte Professor Hartmann, „stehe ich nicht an, zu erklären, daß alle Anschlusstreue diese Wahl wärmstens begrüßen dürfen. Ich kenne den neuen Bundespräsidenten seit dreißig Jahren, und ich glaube sagen zu dürfen, daß man in ihm nicht nur einen aufrechten Republikaner, sondern auch einen überzeugten Verfechter des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des deutschen Einheitsgedankens zu sehen hat. Die ganze Vergangenheit Dr. Hainischs scheint mir dafür zu bürgen, daß der neue Bundespräsident nicht durch allerlei widerprüchliche Erklärungen den suchbaren Ernst unserer Lage weiter verdundelt, sondern offen für jene Politik Freunde in der Welt werden wird, die allen geeignet ist, Deutsch-Oesterreichs Lebensfähigkeit sicherzustellen: für den Anschluß.“

Die Einschätzung des neuen Präsidenten in sein neues Amt hat sich mit sympathischer Einfachheit vollzogen. Der Präsident der Nationalversammlung führte den großen aufrechtstehenden Schöjger, dessen fluges Gesicht ein grauer Vollbart umgibt, in den Saal und nahm ihm das Gelübnis ab, die Verfassung ab. Keine Trommel wurde gerührt und kein Gewehr geschultert.

Schießerei in der belgischen Kammer.

In der gestrigen Sitzung der belgischen Kammer feuerte plötzlich jemand drei Revolvergeschosse ab und löste in den Saal, er hätte vier Jahre lang als Kriegsgefangener in Deutschland gelassen und hätte noch kein Recht bekommen. Er heiße Achilles Viot sei Ingenieur, 42 Jahre alt und sei sich sehr wohl bewußt, welche Tat er begangen habe, und welche Folgen sie haben werde. Er habe die Schüsse abgegeben, um die Aufmerksamkeit auf sich und die früheren Kriegsgefangenen zu lenken, die noch immer auf die ihnen zugehörige Belohnung warteten.